

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Fraktion Bündnis90/Die Grünen im Kölner Rat

An den Vorsitzenden des Ausschusses
für Schule und Weiterbildung
Herrn Dr. Helge Schlieben

Frau
Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 18.04.2016

AN/0755/2016

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Schule und Weiterbildung	18.04.2016

Offene Ganztagschule im Primarbereich – bedarfsgerechter Ausbau auf 28.900 Plätze, 0778/2016

Sehr geehrter Herr Dr. Schlieben,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Antragstellenden möchten Sie bitten, folgenden Zusatz- und Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 0778/2016 in die Tagesordnung des Ausschusses am 18.04.2016 aufzunehmen:

Die o.a. Beschlussvorlage soll in Ziffer 4 wie folgt geändert werden:

Beschluss:

Der Ausschuss beschließt Ziffer 4, Absatz 2 und 3 in der Fassung der **Alternative** mit folgender Änderung:

Der darüber hinaus für das Haushaltsjahr 2017 zusätzlich zu veranschlagende Restbetrag in Höhe von 563.550 Euro, der für eine Weitergabe der Dynamisierung des kommunalen Pflichtanteils an die Träger zusätzlich aufgewendet werden muss, ist aus den zukünftigen Mehreinnahmen bei Elternbeiträgen für Kindertageseinrichtungen - infolge der Reduzierung der Beitragsfreiheit auf die vom Land finanzierten zwölf Monate vor der Einschulung - zu finanzieren.

Begründung:

Der bedarfsgerechte Ausbau der Offenen Ganztagschule im Primarbereich genießt bei den Antragsstellenden hohe Priorität. Durch Umschichtung im kommunalen Bildungssektor soll der kommunale Finanzanteil für einen qualitätsvollen Ausbau erbracht werden.

Dazu beabsichtigen die Antragstellenden, die Beitragsfreiheit für Kindertageseinrichtungen auf die vom Land finanzierten zwölf Monate vor der Einschulung zu begrenzen. Ein Teil der so eingesparten Mittel soll nun für einen (sozial-)bedarfsgerechten Ausbau und eine Qualitätssteigerung im OGTS-Bereich verwendet werden.

Angesichts der Notwendigkeit, für die Haushaltsjahre 2016 ff. einen genehmigungsfähigen Haushaltsplan zu gewährleisten, wird von einer Finanzierung des o.a. Restbetrags durch Erhöhung des Fehlbetrags im städtischen Haushalt abgesehen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Niklas Kienitz
CDU-Fraktion Fraktionsgeschäftsführer

gez. Jörg Frank
GRÜNE-Fraktionsgeschäftsführer